

DEHOGA Rheinland-Pfalz e.V. · Brückes 18 · 55545 Bad Kreuznach

Landtag Rheinland-Pfalz
Abteilung II - Parlamentsdienst
z. Hd. Frau Christiane Thiel
Platz der Mainzer Republik
55116 Mainz



Bad Kreuznach, den 09. November 2015

ANHÖRUNG DES INNENAUSSCHUSSES

zum Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung des KAG und der Gemeindeordnung

zum Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung des Kurortgesetzes

Ihr Zeichen: W 1 – Drs. 16/5261/5634

Sehr geehrte Frau Thiel,
sehr geehrter Herr Perne,

ich beziehe mich auf Ihr Schreiben vom 13. Oktober 2015 und werde gerne für den DEHOGA Rheinland-Pfalz zu den geplanten Gesetzesentwürfen im Rahmen der Anhörung am 19. November 2015 persönlich anwesend sein und sachverständig Auskunft geben. Technische Unterstützung benötige ich keine. Vorab schildere ich Ihnen nachfolgend die aus Sicht des DEHOGA wichtigen Punkte:

I. Wirtschaftliche Bedeutung des Gastgewerbes

Insgesamt existieren in Rheinland-Pfalz rund 13.500 gastgewerbliche Betriebe unterschiedlichster Ausprägung: Hotels, Hotel-Restaurants, Restaurants und Schankbetriebe, Pensionen, Gästehäuser sowie sonstige Beherbergung.

Eine große Anzahl an sonstigen Gewerbetypen, wie Caterer, Imbisse, Kantinen, Schulkantinen, Ferienwohnungen, Privatquartiere, runden das Branchenprofil ab.

Unsere Branche ist in Rheinland - Pfalz nach dem öffentlichen Dienst der größte Arbeitgeber. Wir weisen im Tourismus je nach Saison 150.000 - 190.000 nicht exportierbare Arbeitsverhältnisse aus, wovon ca. 50.000 Arbeitsplätze rein auf das Gastgewerbe fallen. Damit bezieht jede 5. Familie in Rheinland - Pfalz ein Einkommen aus dem Tourismus. Deutschlandweit hat das Gastgewerbe gerade erst über eine Million sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu verzeichnen gehabt, davon sind in den vergangenen zehn Jahren in der Branche rund 263.5000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden – ein Plus von 36 Prozent. Dies steht in unmittelbarem Zusammenhang mit positiven Entwicklungszahlen im Tourismus. So konnten in Rheinland - Pfalz beispielsweise im vergangenen Jahr rund 24 Millionen Übernachtungen, 166 Millionen Euro Tagesgäste und rund 7 Milliarden Euro Umsatz verzeichnet werden. Somit wird deutlich, welche besondere Bedeutung das Gastgewerbe und der Tourismus in Rheinland - Pfalz haben.

Unsere Gastgewerbebranche bildet jährlich mehr als 4.500 junge Menschen in den Berufsbildern Koch/Köchin, Restaurantfachleute, Hotelfachleute, Hotelkaufleute, Fachkräfte Gastgewerbe und Systemgastronomie aus. Auch dies ist eine Spitzenposition in Rheinland-Pfalz.

Zur Betriebsstruktur ist auszuführen, dass 42 Prozent unserer Betriebe lediglich einen Jahresumsatz unter 100.000,00 € erwirtschaften, weitere 21 Prozent erwirtschaften einen Jahresumsatz in Höhe von 100.000,00 Euro bis 200.000,00 Euro; mithin erreichen fast Zweidrittel aller gastronomischen Betriebe in Rheinland - Pfalz einen Jahresumsatz unter 200.000,00 Euro. Die hierbei erzielten Einkünfte reichen nicht dazu aus, Altersvorsorge zu betreiben. Ein erheblicher Anteil von Betriebsinhabern hat bereits auch keinen Krankenversicherungsschutz mehr.

Der Größe nach handelt es sich im rheinland - pfälzischen Gastgewerbe insofern eher in hoher Zahl um Kleinst- und Kleinunternehmen als um mittelständische Betriebe. In den nächsten fünf Jahren stehen 60 Prozent aller gastgewerblichen Betriebe in Rheinland – Pfalz vor der Herausforderung der Unternehmensnachfolge. Diese wird nur gelingen, wenn das Gastgewerbe nicht weiteren Restriktionen unterworfen wird.

II. Unsere Grundsätze zur Tourismusfinanzierung

Unsere Betriebe leisten alle durch Zahlungen von aktuellen Steuern und Abgaben bereits einen erheblichen wirtschaftlichen Beitrag zur Finanzierung des Staates insgesamt.

Der Kommunale Entschuldungsfond hat dazu geführt, dass vielerorts weitere Steuern- und Abgabetatbestände in den Kommunen in Rheinland-Pfalz deutlich angestiegen sind und unsere Betriebe seit 2012 erheblich zusätzlich belastet wurden. Wir beobachten seit dem die Einführung bzw. Anhebung von Gewerbesteuer, Bettensteuern, Kulturförderabgaben, Vergnügungssteuern, Schankerlaubnissteuern, und viele andere Tatbestände.

Uns ist zudem bekannt, dass die Landesregierung - neben der Einführung einer Tourismusabgabe und eines Gästebeitrags - weitere Abgaben einführen will, wie etwa Gebühren für die Durchführung von sogenannten Erstkontrollen im Gastgewerbe.

Der DEHOGA setzt insgesamt auf freiwillige Lösungsansätze im Rahmen der Tourismusfinanzierung, bei denen alle Profiteure herangezogen werden und die Betriebe mit über den Einsatz der dort akquirierten Gelder entscheiden dürfen und bei denen die Mittel zweckgerichtet für den Tourismus zum Einsatz kommen müssen.

III. Seitens der Landeregierung angedachte Änderung von § 12 KAG

Die seitens der Landesregierung angedachte Änderung des § 12 KAG wird unserer Ansicht nach zweifelsfrei dazu führen, dass vielerorts die Kommunen neuerliche Satzungen verabschieden werden, die unsere Betriebe in einem sehr hohen Maß mit neuen Steuern bzw. Abgaben belasten werden. Der uns zur Anhörung eingereichte Gesetzesvorschlag bedarf daher unserer Meinung nach erheblicher Änderungen, um eine Zustimmung der Gastgewerbebranche erreichen zu können.

1. keine weitere Belastung für das Gastgewerbe – ohne Entlastung an anderer Stelle

Schlimmstenfalls droht dem Gastgewerbe ein Investitionsstau, wenn insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe, die weit über 80 Prozent der Mitglieder unseres Verbandes ausmachen, mit weiteren Ausgaben belastet werden. Ausgehend davon leidet nicht nur die Attraktivität des Hotel- und Gastgewerbes, sondern in der Weiterführung auch der Tourismus und damit die Anziehungskraft unseres schönen Bundeslandes im Allgemeinen. Das kann und darf nicht das Ziel sein. Seitens des DEHOGA weisen wir zudem darauf hin, dass bereits bestehende Tourismus-Marketing-Institutionen aufgrund einer neuerlichen Abgabe damit rechnen müssen, dass Betriebe eine bis dahin bestehende freiwillige Beteiligung einstellen werden.

2. Einbeziehung aller Profiteure des Tourismus

Zwar zielt die angedachte gesetzliche Regelung auf die Einbeziehung anderer Branchen mit ab, jedoch ist diese nicht ausreichend geregelt. Die Regelung überlässt sonst den beitrags-erhebenden Kommunen zu viel Spielraum.

3. Zweckbindung der Mittel

Eine wirkliche Zweckbindung der Mittel steht unserer Ansicht nach nicht fest, da insbesondere der Begriff „Tourismus“ und was an Kosten unter diesen Begriff subsumiert werden kann, nicht abschließend definiert und auch die aktuelle Änderungsvorlage des Gesetzes zu weit gefasst ist. Bei der angedachten Regelung ist zu befürchten, dass viele kommunale Haushaltspositionen darunter erfasst werden, die mit dem Begriff „Tourismus“, so wie wir uns ihn vorstellen, nicht in Einklang stehen.

Es muss - aus dem Gesetz hervorgehend - hinreichend bestimmbar sein, an welchen eng auszulegenden Tourismus-Kriterien sich eine Satzung bei einer Kommune einführen lässt, um unnötige Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden. Zwischen den Positionen des DEHOGA Rheinland – Pfalz und der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Rheinland besteht dahingehend Übereinstimmung, dass die im Zweifel erhobenen Beiträge durch solche Rechtsstreitigkeiten aufgezehrt würden und damit die Einführung der Tourismusabgabe als obsolet erscheinen ließen. Mit der aktuellen Regelung könnten ggf. auch allgemeine Infrastruktur- und Betriebskosten der Kommunen tourismusbezogen definiert und damit über den Tourismusbeitrag auf die Unternehmer des Gastgewerbes umgelegt werden. Allgemeine touristische Infrastruktur (wie z.B. Schwimmbäder) ist jedoch über das allgemeine Steueraufkommen und bereits bestehende Abgaben zu finanzieren. Die entsprechenden Passagen im Kommunalen Abgabengesetz sind also dergestalt zu formulieren, dass die Tourismusabgabe und auch der Gästebeitrag rein für Herstellung, Betrieb und Unterhaltung von touristischen Zwecken dienenden Einrichtungen zu verwenden ist und mit mittels einer unstrittigen Definition des Begriffs „Tourismus“ sicherzustellen ist, dass in jeder Kommune entsprechende Übersichten zu eben solchen Einrichtungen rechtssicher aufgestellt werden können (Quelle: Stellungnahme Änderung KAG und GO - Arbeitsgemeinschaft IHK's in Rheinland-Pfalz 24.08.15).

4. In die Zukunft gerichtete Mitbestimmung über die Mittelverwendung

Wir verstehen die derzeitig angedachte Regelung so, dass letztlich nicht mit zu generierenden Mitteln agiert werden kann, sondern im Nachgang lediglich eine Art Finanzausgleich für die Kommunen geschaffen werden soll. Dies widerspricht dem Ansinnen des DEHOGA, dass unsere Betriebe mit über die Mittelverwendung dieser Gelder entscheiden können. Insoweit fehlt das Kriterium der Mitbestimmbarkeit der Mittelverwendung in der angedachten gesetzlichen Änderung.

Der DEHOGA Rheinland - Pfalz und die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Rheinland - Pfalz sind sich weiterhin einig, sollte eine gesetzliche Fixierung des Mitbestimmungsrechts im KAG aufgrund des kommunalen Selbstverwaltungsrechts nicht

möglich sein, zumindest die Aufnahme einer Regelung in das KAG, die die Einrichtung eines jeweils paritätisch besetzten Vergabe-Ausschusses bei Kommunen, die eine solche Tourismusabgabe einführen möchten, zur Folge hat, dringend geboten ist. Sollte die im Gesetz angedachte Ausweitung des Anwendungsbereiches zur Erhebung des Tourismusbeitrages auch auf Zweckverbände und Anstalten öffentlichen Rechts zum Tragen kommen, ist erstens zu prüfen, ob dies rechtskonform ist und zweitens sicherzustellen, dass auch hier ein direktes Mitbestimmungsrecht der Unternehmer aus dem Gastgewerbe sichergestellt ist. Auch lehnen der DEHOGA Rheinland - Pfalz und die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Rheinland - Pfalz das Setzen falscher Anreize zur Haushaltskonsolidierung für die Kommunen durch die Möglichkeit zur Erhebung neuer Abgaben ab. Vielmehr sollte diese Konsolidierung durch eine solide und sparsame Haushaltspolitik erfolgen. (Quelle: Stellungnahme Änderung KAG und GO - Arbeitsgemeinschaft IHK's in Rheinland-Pfalz 24.08.15).

5. Ablehnung Gästebeitrag

Den angedachten Gästebeitrag lehnen wir kategorisch ab. Da dieser ausschließlich von einer Branche, beziehungsweise von den Gästen einer Branche erhoben und somit zu einer einseitigen Belastung führen würde und eher gerade nicht alle Profiteure des Tourismus in seine Finanzierung einbeziehen würde. Der Gästebeitrag wäre nichts anderes, als eine versteckte Bettensteuer.

Weitere Ausführungen werde ich im Rahmen der Anhörung machen. Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Gereon Haumann
Präsident
DEHOGA Rheinland-Pfalz e.V.